

**KOMMENTAR**  
ULRICH METSCHIES  
WIRTSCHAFTSREDAKTEUR



## Trauriger Treppenwitz

Autobauer bleiben unglaubwürdig

☛ Mit einer „Flottenverjüngung“ will die deutsche Autoindustrie zur Entschärfung der Abgasprobleme beitragen. Schon für sich genommen ist dieser Ansatz dreist und irrwitzig: Mit angeblich reizvollen Kaufprämien sollen Kfz-Eigentümer dazu verlockt werden, ihr wenige Jahre altes Fahrzeug gegen einen vermeintlich umweltfreundlichen Neuwagen einzutauschen. Da mutiert das 2015 noch als besonders schadstoffarm angepriesene Modell plötzlich zur Dreckschleuder, die flugs ausgetauscht werden sollte. Die Luft verpesten kann sie dann ja gerne in Osteuropa.

Endgültig zum traurigen Treppenwitz wird dieses Greenwashing durch die Tatsache, dass die Umstellung auf das neue Abgasmessverfahren WLTP die Neuwagenverkäufe massiv ausbremst. Sicher: Der neue, weltweit einheitliche Testzyklus erhöht den Aufwand für eine Typenzulassung erheblich. Angebliche Engpässe bei den Prüfkapazitäten jedoch als Entschuldigung für Lieferprobleme anzuführen, ist unglaubwürdig, schließlich ist der Branche der Umstellungsfahrplan schon lange bekannt. Statt ihre Energie auf Lobby-Arbeit gegen strengere Abgasvorschriften zu verschwenden, hätten viele Hersteller sich lieber mit Hochdruck auf WLTP vorbereiten sollen.

Dass vor allem deutsche Konzerne hinterherhinken, insbesondere die VW-Markenfamilie, zeigt: Im Tricksen sind unsere Autobauer deutlich geübter als beim Sichern ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit.

✉ ulrich.metschies@kieler-nachrichten.de

## ZITAT DES TAGES

Die AfD braucht sie, die AfD will sie.

Manuel Hagel, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, zum Umgang der AfD mit Radikalen in den eigenen Reihen

**KOMMENTAR**  
CHRISTIAN HIERSEMENZEL  
LANDESHAUSKORRESPONDENT



## Durchsichtiges Manöver

Hagedorns Vorwürfe sind unhaltbar

☛ Ja, geht's noch? Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn weist in ihrem längst verlorenen Kampf gegen eine Fehmarnbeltquerung mit dem Finger auf die Grünen. Ausgerechnet die Öko-Partei sei schuld daran, wenn Bürgerrechte mit Füßen getreten, Planungsmängel ignoriert und Klagen beiseite geschoben würden. Abgesehen davon, dass sich ihre Vorwürfe bei genauer Betrachtung als unhaltbar erweisen, sind sie auch aus politischer Sicht bemerkenswert. Da versucht sich eine SPD-Spitzenpolitikerin, die immerhin Parlamentarische Finanzstaatssekretärin im Bund und Vizechefin des Nord-Landesverbandes ist, in Zeiten höchster Bedrängnis auf Kosten des ehemaligen grünen Koalitionspartners zu profilieren. Gelingt ihr bloß nicht, weil das Manöver so durchsichtig ist.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Deutschland braucht eine Straffung von Planungsvorgängen. Es ist höchste Zeit, sich von bürokratischen Schlingen zu befreien, weil die Konkurrenz um uns herum nicht schläft und die Infrastruktur jetzt, in Zeiten des Wirtschaftswachstums, auf den neuesten Stand gebracht werden muss, bevor die Steuerquellen wieder versiegen. Das alles wissen auch kluge Leute in der SPD, und nicht umsonst hat die Regierung um den früheren Ministerpräsidenten Torsten Albig in Kiel alles dafür getan, einer Beltquerung den Weg zu ebnet. Die Genossen in der Berliner GroKo wusste man stets auf seiner Seite. Hagedorns Querschüsse zeigen nur eines: Da ist jemand ein ganz schlechter Verlierer.

✉ christian.hiersemenzel@kieler-nachrichten.de

# Wenn Politik mörderisch wird

Mit dem mutmaßlichen Tod von Khashoggi ist die Grenze überschritten

☛ Regierungen, das ist leider wahr, können sich ihre Partner nicht aussuchen. In der Staatenwelt sind mitunter Deals mit zwielichtigen Gestalten unerlässlich.

Es gibt aber Grenzen des Erträglichen. Diese Grenzen hat Donald Trump im Fall von Saudi-Arabien überschritten, zum Entsetzen auch von Leuten aus seinen eigenen Reihen. Trump schlug sämtliche Warnungen seiner Berater in den Wind und stellte sich breitbeinig vor Kronprinz Mohammed bin Salman. Aus zwei Telefonaten mit „MBS“ will Trump herausgehört haben, dass sich die saudische Führung ernsthaft bemüht, die Affäre um den verschwundenen Journalisten Jamal Khashoggi aufzuklären.

Könnte es auch sein, dass Riad in Wahrheit alles versucht, um die Dinge so gut es geht zu verschleiern?

Khashoggi, ein Kritiker des saudischen Königshauses, der legal in den USA lebte, ein Intellektueller und Journalist, der in der „Washington Post“ Artikel schrieb, ist offenbar ermordet worden. Fest steht, dass er am 2. Oktober das Konsulat von Saudi-Arabien in Istanbul betreten und es dann nie wieder verlassen hat. Es häufen sich Hinweise, wonach Khashoggi von einem Spezialteam des saudischen Geheimdienstes getötet und zerstückelt wurde.

Bewiesen ist noch nichts. In dieser Phase aber, in der die Ermittlungen auf Hochtouren laufen, wäre es für jeden US-Präsidenten ein Leichtes, auch vom saudischen Königshaus Aufklärung zu verlangen – und ansonsten abzuwarten und zu schweigen. Stattdessen wertet Trump über vermeintliche Vorverurteilungen. Er vermengt den Konflikt sogar mit den Vorwürfen sexueller Nötigung gegen den von

**LEITARTIKEL**  
STEFAN KOCH  
USA-KORRESPONDENT



ihm ans Höchste Gericht berufenen amerikanischen Richter Brett Kavanaugh: Schon in dessen Fall sei ja „die Schuld so lange angenommen worden, bis sich die Unschuld herausstellte“.

Soll eine Gruppe von saudischen Geheimdienstlern, zu denen auch ein bekannter Gerichtsmediziner gehört haben soll, ohne Wissen ihrer Befehlshaber in Riad gehandelt haben? Dies zu glauben fällt schwer. Deshalb gilt umso mehr: Trumps einseitige Parteinahme zugunsten der Saudis ist unanständig und unklug zugleich.

Trumps Verspanntheit ist erklärbar. Für den Präsidenten steht viel auf dem Spiel: die gesamte von ihm verfügte Neuausrichtung der US-Strategie im Nahen Osten. Trump wollte unbedingt alles dramatisch anders machen als sein Vorgänger Barack Obama. Den Iran schrieb Trump komplett ab, stattdessen setzte er auf ein einseitiges Bündnis mit Saudi-Arabien – und verkaufte Salman Waffen für 100 Milliarden Euro. Sogar auf einen heute nur noch makaber wirkenden Säbelтанз mit Salman ließ Trump sich seinerzeit in Riad ein. Dass Salmans Politik sich jetzt als mörderisch erweist, kann nach Trumps Logik nicht sein – weil es nicht sein darf. Seite 4

✉ politikredaktion@kieler-nachrichten.de

☛ Trumps einseitige Parteinahme zugunsten der Saudis ist unanständig und unklug zugleich.

*Dieser Khashoggi hat sich ganz alleine selbst gefottert, ermordet und zerstückelt in der böswilligen Absicht, das alles nur in die Schuhe zu schieben!!*



*Alles klar! Habe ich mir schon gedacht!*



## NAHAUFNAHME

# Die Hoffnungsträgerin der SPD

VON ANDREAS NIESMANN

**Katarina Barley (49), derzeit noch Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, macht sich auf den Weg nach Brüssel.**

FOTO: KAY NIETZELD



Der Tag, an dem Katarina Barley zum ersten Mal auf der Bühne im Willy-Brandt-Hauses stand, ist noch keine drei Jahre her. Im November 2015 präsentierte der damalige SPD-Chef Sigmar Gabriel seine neue Generalsekretärin – und stellte die bist dato unbekannt Abgeordnete als „Karritta Barrei“ vor.

Als Barley gestern mit langen Schritten durch das Foyer der SPD-Zentrale schreitet, muss sie niemandem mehr erklären, wer sie ist. In weniger als drei Jahren ist die 49-Jährige vom Nobody zur Hoffnungsträgerin avanciert. Generalsekretärin, Familien-, Arbeits-, Justizministerin – und nun Spitzenkandidatin für die Europawahl. Die Blitzkarriere sagt viel über die Qualitäten der Frau aus. Und manches über die Personaldecke der SPD. Die Mitarbeiter der Parteizentrale spenden Applaus, als die ehemalige Hausherrin ans Mikrofon tritt. Sie hat hier immer noch viele Freunde. Parteichefin Andrea Nahles, die mit der Personalie einen Coup gelandet hat, sagt, dass es keine Bessere geben könne. Barley sei stets ihre Favoritin gewesen. Und deshalb habe sie auch „mit keinem anderen Sozialdemokraten“ gesprochen.

Der Satz ist nicht ganz falsch, aber auch nicht die ganze Wahrheit. Nach RND-Information hatte

Nahles mindestens einer Person außerhalb der Partei die Kandidatur angetragen. Die Bereitschaft von Juso-Chef Kevin Kühnert hatte allerdings nicht die SPD-Chefin, sondern Europapolitiker Udo Bullmann ausgetestet. Der steht neben den beiden Frauen auf der Bühne und soll den zweiten Listenplatz nach Barley bekommen.

Die macht kein Geheimnis daraus, dass sie ge-zögert habe, die Kandidatur anzunehmen. Es sei ein Entscheidungsprozess mit unterschiedlichen „Pegelständen“ gewesen. Am Ende hätten zwei Gründe den Ausschlag gegeben: Sie wolle Verantwortung übernehmen – für Europa und für ihre Partei. „Diese nächste Wahl ist eine Schicksalswahl“, sagt die Juristin. Und auch die SPD befinde sich in schwierigerem Fahrwasser. „Ich liebe diese Partei“, sagt Barley. Und ich möchte dazu beitragen, dass sie in Europa den Platz bekommt, den sie verdient.“

Bei der Suche nach einer Nachfolgerin im Justizministerium kann sich Nahles Zeit lassen. Bis zur Wahl Ende Mai will Barley das Amt weiter ausüben. Sie werde definitiv nach Brüssel wechseln, gibt sie zu Protokoll, aber vorher habe sie wichtige Aufgaben in ihrem Ressort zu erledigen, viele davon mit direktem Bezug zu Europa.

Eine Ministerin habe mehr Aufmerksamkeit als eine freischwebende Spitzenkandidatin, glauben die SPD-Strategen. Die Bühne sei einfach größer. Schon am 29. Oktober trifft Barley in Paris ihre französische Amtskollegin Nicole Belloubet. In der Woche drauf fährt sie nach Warschau. Die große Barley-Show hat gerade erst begonnen.

## POLITKÖPFE



**Domenico Lucano (60)**, migrantenfreundlicher und mittlerweile suspendierter Bürgermeister des italienischen

Dorfs Riace, hat seinen Heimatort verlassen. Zuvor hatte ein Berufungsgericht geurteilt, dass zwar der Hausarrest gegen ihn aufgehoben werde, er aber den Ort in Kalabrien verlassen müsse. Lucano galt international als Symbol für Toleranz. Er hatte in seinem Dorf Hunderte Migranten aufgenommen. Anfang Oktober wurde er wegen Begünstigung illegaler Einwanderung festgenommen.



**Franz Müntefering (78)**, SPD-Politiker, bleibt Vorsitzender der Bundesarbeits-

gemeinschaft der Senioren-Organisationen (Bagso). Die Mitgliederversammlung wählte den ehemaligen Arbeitsminister für weitere drei Jahre. „Die Bagso steht entschieden zu den Werten unserer Demokratie, zur Selbstbestimmung des Einzelnen und zur solidarischen Mitverantwortung“, sagte Müntefering. Die ehemalige Familienministerin Ursula Lehr (CDU) wurde Ehrenvorsitzende.



**Moon Jae In (65)**, Staatspräsident von Südkorea, hat seine Anerkennung für den Einsatz von

Papst Franziskus bei den Verhandlungen mit Nordkorea zum Ausdruck gebracht. Moon schrieb in der Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“, „in den vergangenen Monaten haben das Gebet und der Segen des Papstes den Koreanern große Ermutigung und Hoffnung auf dem Weg zum Frieden gegeben“. Moon wird heute zu einer Audienz beim Papst erwartet. FOTOS: DPA

## POST AUS DEM NEWSROOM

**Lesen, was die Redaktion bewegt:** Montags bis freitags kommt täglich ab 17 Uhr per E-Mail unsere Post aus dem Newsroom. Jetzt kostenlos abonnieren unter [www.kn-online.de/newsletter](http://www.kn-online.de/newsletter)

## kn-online MEISTGEKLIKT

**/aidanova** Kreuzfahrtschiff erstmals mit LNG betankt

**/bergstrasse** Mann hantiert mit Machete in Kiel

**/holzklotz\_wurf** 10-Jähriger in der Schule festgenommen

**/strande** Gefährlicher Pfad über der Steilküste

**/kn\_fotoaktion** Die schönsten Herbstbilder unserer Leser

Meistgeklickte Themen am Mittwoch